



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 36 Postulat Piazza Daniel und Mit. über die CO₂-Kompensation im Luzerner Wald zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudeparks für den Kanton Luzern / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Daniel Piazza hält an seinem Postulat fest.

Daniel Piazza: Die CVP setzt auf eine durchdachte und weitsichtige Waldpolitik, die alle Funktionen des Schweizer Waldes integriert: Lebensraum, Schutz, Naherholung und Rohstoff. Die Schweizer Holzwirtschaft liefert einen wertvollen und hinsichtlich Ökobilanz hervorragenden Rohstoff. Die CVP will diesen nachhaltigen Rohstoff Holz fördern, insbesondere wollen wir eine Kaskadennutzung erreichen: Bauen, Recyceln, Heizen. Holz besticht als Energieträger durch kurze Transportwege, regionale Wertschöpfung und vor allem durch das Nutzen von Synergien in den Bereichen Biodiversitätsförderung und Forstwirtschaft. Die langfristige Bindung des Treibhausgases CO₂ ist in den laufenden Bemühungen im Kampf gegen die Klimaerwärmung ein bestechendes Argument. Wer so viele Bäume fällt, wie nachwachsen können, sorgt dafür, dass der Wald für künftige Nutzer zur Verfügung steht und auf Dauer seinen Wert behält. Es ist nachhaltiger, von den Zinsen zu leben statt vom Kapital. Es ist nachhaltiger, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und gleichzeitig die Wirtschaft durch innovative Technologien voranzubringen. Es ist nachhaltiger, in den Luzerner Wald zu investieren statt in CO₂-Zertifikate auf dem internationalen Markt. Das alles sind Triebfedern des Postulats. Der Kanton soll mehr in den Wald investieren, damit er konkurrenzfähiger wird. Der Kanton soll den zur Verfügung stehenden Spielraum nutzen, welcher ihm die Revision des Beschaffungswesens auf Bundesebene ermöglicht. Der Kanton soll Rahmenbedingungen schaffen, dass er die Klimaneutralität des Gebäudeparks wenn nicht direkt, so immerhin indirekt durch Kompensation erreicht. Wir fordern keine Eignungs- und Zuschlagskriterien bei Submissionen, wie es der Regierungsrat zu Recht ablehnt. Mit der Erheblicherklärung des Postulats können Sie den Luzerner Wald und damit die Luzerner Waldwirtschaft stärken. Stärken Sie zugleich die Klimaneutralität des kantonalen Gebäudeparks, ohne dass wirtschaftlich wertvolle Gelder zum Abbau eines CO₂-Überhangs mittels Kauf von CO₂-Zertifikaten aus der Region abfliessen. Aus den gleichen Überlegungen stimmt die CVP-Fraktion auch dem Postulat P 34 von Ruedi Amrein zu.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion ist sich bewusst, dass der Energiebedarf und die CO₂-Emissionen im Gebäudebereich hoch sind. Deswegen hat die GLP im Jahr 2015 die kantonale Initiative „Energiezukunft Luzern“ eingereicht, die einen wesentlichen Beitrag zum neuen Energiegesetz des Kantons Luzern geleistet hat. Wir begrüßen grundsätzlich die Verwendung von Holz im Gebäudebereich. Abgesehen von den baulich guten Eigenschaften speichert dieser Werkstoff reichlich CO₂. Aus der Sicht der GLP ist die Vorbildfunktion des Kantons bezüglich Klimafreundlichkeit beim eigenen Gebäudepark erstrebenswert. Dadurch

sollen andere Bauherren motiviert werden, ihre Gebäude emissionsarm zu bauen und zu unterhalten. Das GATT/WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen beinhaltet ein Diskriminierungsverbot und ein Gleichbehandlungsgebot. Wir erachten deshalb einen Aspekt des Postulats als nicht umsetzbar, weil der Luzerner Wald unrechtmässig bevorzugt würde. Die GLP-Fraktion folgt dem Regierungsrat und beantragt, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Ruedi Amrein: Die FDP-Fraktion unterstützt das Ziel des Postulanten, den kantonalen Gebäudepark CO₂-neutral zu realisieren und zu bewirtschaften. Wir teilen aber auch den heutigen Vorbehalt der Regierung bezüglich des Beschaffungswesens. Wir wissen, dass beim Bund Bestrebungen für eine stärkere Gewichtung im Gang sind. Zudem finden wir, dass Holz in einem fairen Wettbewerb mit anderen Materialien geprüft werden soll. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Jonas Heeb: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen unterstützt das Anliegen, vermehrt in die Aufforstung und den Luzerner Wald zu investieren. Daher beantragen wir die Erheblicherklärung. Holz hat eine wichtige Funktion als CO₂-Speicher sowie als nachhaltiges Bau- und Heizmaterial. Für uns ist klar, dass es auch direktere und griffigere Massnahmen braucht, um das Problem der Klimakrise und des CO₂-Ausstosses des Gebäudeparks des Kantons Luzern anzugehen. Kompensationen durch finanzielle Investitionen können ein langfristiges Problem auch nicht lösen. Den Preis eines CO₂-Zertifikats lokal und sinnvoll zu investieren, ist ein durchaus unterstützenswertes Anliegen, es ist besser, als sich dem internationalen Markt zu beugen. Als Kompensation zum Gebäudepark reicht das aber nicht aus, sondern es braucht weitere Massnahmen.

Hasan Candan: Der SP ist es wichtig, dass wir einen neuen Weg einschlagen und eine CO₂-neutrale Zukunft schaffen. Beim Gebäudepark entstehen sehr viele Emissionen sowohl beim Betrieb als auch beim Bau. Die Verwendung von Holz führt zu 50 Prozent weniger CO₂-Emissionen, erst recht bei der Verwendung von Luzerner Holz. Wir haben die Chance, die Wertschöpfungskette lokal zu stärken und dadurch Arbeitsplätze und eine nachhaltige Bewirtschaftung des Gebäudeparks zu schaffen. Wir verstehen deshalb nicht, warum die Regierung nur die teilweise Erheblicherklärung beantragt, denn bei einem Postulat handelt es sich lediglich um einen Prüfauftrag.

Franz Gisler: Die SVP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Für uns ist es wichtig, dass möglichst viel mit Holz gebaut wird. Es ist nicht sinnvoll, Backsteine aus Italien anstelle von einheimischem Holz zu verwenden. Auch das Heizen mit Holz ist zweckmässig.

Räto B. Camenisch: Im Mittelalter wurden ganze Städte klimaneutral mit Holz gebaut. Da die Städte immer wieder abgebrannt sind, haben die Stadtoberen befohlen, mehr mit Stein zu bauen. Stein ist auch klimaneutral, und die Brände haben abgenommen. Mit Holz zu bauen ist nachhaltig, aber wir sollten es nicht übertreiben, denn es gibt noch andere Aspekte als die Klimanachhaltigkeit. Ich stimme daher der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir haben in unserer Stellungnahme klar zum Ausdruck gebracht, dass wir bereit sind, dieses Anliegen aufzunehmen. Das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz ist ein gutes Beispiel dafür, denn die entsprechenden Vorgaben sind in den Wettbewerb eingeflossen. Wir sind aber nicht damit einverstanden, das öffentliche Beschaffungsrecht auf die leichte Schulter zu nehmen. Die im Postulat gemachten Vorgaben widersprechen dem Beschaffungsrecht. Es geht nicht, dass Ihr Rat seine eigenen Gesetze nicht befolgt. Wir dürfen das einheimische Gewerbe auch nicht bevorzugen. Da wir uns an die gesetzlichen Grundlagen halten, ist nur die teilweise Erheblicherklärung möglich. Beim vorliegenden Postulat handelt es sich nicht einfach nur um einen Prüfauftrag, sondern um einen formellen Auftrag. Daher bitte ich Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 62 zu 43 Stimmen erheblich.